

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Zwischen Rettungsdienst Kreis Düren AöR
Marienstraße 29
52372 Kreuzau
vertreten durch den Vorstand

- im Folgenden „RDKD“ -

und

X
X
X
X

- im Folgenden „Auftragnehmer“ - [wird bei Zuschlagserteilung ergänzt]

Präambel

Die RDKD wurde zur Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich des Rettungsdienstes des Kreises Düren als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet (siehe Anstatssatzung vom 2. Oktober 2014, veröffentlicht am 20. Dezember 2018). Hierzu zählt auch der Betrieb der Rettungswachen, die in der Trägerschaft des Kreises gemäß § 6 Abs. 1 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (Rettungsgesetz NRW - RettG NRW) liegen. In dieser Eigenschaft ist der Kreis Düren gesetzlich zur Sicherstellung des öffentlichen Rettungsdienstes gemäß § 2 RettG NRW einschließlich der erforderlichen Rettungswachen und Rettungsmittel gemäß § 9 Abs. 1 RettG NRW verpflichtet.

Mit dieser Vereinbarung beauftragt die RDKD als Verantwortliche für die Auftragsdurchführung kraft Anstatssatzung die Wahrnehmung von Teilen der Aufgaben des Rettungsdienstes im Kreis Düren auf Dritte gemäß § 13 Abs. 1 RettG NRW.

Der Auftragnehmer hat sich an dem Vergabeverfahren beteiligt und wird hiermit zur Durchführung des qualifizierten Krankentransports im Umfang eines KTW sowie mit der Vorhaltung einer Rettungswache beauftragt.

Nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen überträgt die RDKD dem Auftragnehmer die Durchführung von Aufgaben des Rettungsdienstes unter Beachtung der §§ 13 Abs. 2 bis 5 RettG NRW.

Inhaltsverzeichnis:

1	Vertragsgegenstand	3
2	Vertragsbestandteile	3
3	Leistungsanforderungen	4
4	Nutzung der Rettungsmittel und Rettungswachen der RDKD	4
5	Änderungen von Leistungsanforderungen während der Vertragslaufzeit außerhalb förmlicher Bedarfsplanfortschreibungen	5
6	Vergütung	6
7	Anpassung des Pauschal festpreises wegen Lohnerhöhungen	7
8	Optionale Änderungen des Leistungsumfangs während der Vertragslaufzeit	8
9	Vergütungsanpassung/Vergütungskürzung	10
10	Einvernehmliche Vertragsanpassungen während der Vertragslaufzeit im Zuge der Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans	10
11	Prüfungs- und Kontrollrechte der RDKD	10
12	Dokumentation/Jahresabschluss/Kontrolle von Überkompensationen/Vergütungsberechnung	11
13	Anzeigepflichten des Auftragnehmers	11
14	Haftung, Versicherung	11
15	Ersatzbeauftragung/Belegungsrecht	12
16	Wettbewerbsbeschränkende Abreden	13
17	Nachunternehmer	13
18	Vertragsstrafen	13
19	Vertragslaufzeit	14
20	Pflicht zur kooperativen Vertragsabwicklung	15
21	Kündigung	15
22	Schlussbestimmungen	17

1 Vertragsgegenstand

- 1.1 Gegenstand des Öffentlich-rechtlichen Vertrags ist die Übertragung der Durchführung bodengebundener Rettungsdienstleistungen im Umfang gemäß Anlage: Leistungsbeschreibung nebst Anlagen auf den Auftragnehmer.
- 1.2 Der Auftragnehmer wird für die RDKD als Verwaltungshelfer tätig. Er handelt insoweit nach den Anweisungen der RDKD (§ 13 Abs. 1 RettG NRW). Dies gilt auch für die Mitarbeitenden des Auftragnehmers.
- 1.3 Unbeschadet spezieller Weisungsregelungen sowie der durch diesen Vertrag unberührten Weisungsbefugnisse des Auftragnehmers gegenüber seinen Mitarbeitern, einschließlich Dienstplangestaltung, Arbeitszeiten und der Eingliederung der Mitarbeiter in den Dienstbetrieb des Auftragnehmers, ist die RDKD im Einzelfall dazu berechtigt, dem Auftragnehmer allgemeine Weisungen zur Durchführung dieses Vertrags z. B. über den Leistungsgegenstand sowie die Zusammenarbeit des Auftragnehmers mit den anderen in seinem Einsatzbereich (Rettungsdienstbereich) im öffentlichen Rettungsdienst tätigen Organisationen, Stellen und Unternehmern zu erteilen, sofern dies zur Sicherstellung einer einheitlichen und gleichmäßigen Erfüllung der Aufgaben des Rettungsdienstes nach Maßgabe des ihm obliegenden Sicherstellungsauftrags notwendig ist. Die Weisung kann bei wiederholten oder schwerwiegenden Verstößen gegen Leistungsanforderungen (z. B. Patientenschädigung oder Einsatz von nicht fachlich oder gesundheitlich geeigneten Personals für den Rettungsdienst) im Einzelfall auch eine Aufforderung zum Austausch von Personal des Auftragnehmers oder eine Zurückweisung einzelner Mitarbeiter beinhalten, wenn der Auftragnehmer seinen Pflichten in Bezug auf das Personal gemäß Anlage Leistungsbeschreibung nicht nachkommt.

2 Vertragsbestandteile

Bestandteile dieses Vertrags sind:

1. die Anlage Leistungsbeschreibung einschließlich sämtlicher Anlagen nebst der darin in Bezug genommenen Vorschriften und Normen sowie eventueller Änderungen/Ergänzungen aufgrund von Bieterinformationen während des Vergabeverfahrens.
2. die Bestimmungen dieses Vertrages.
3. die im finalen Angebot angegebene Rettungswache nebst Inbetriebnahmezeitpunkt.
4. das mit dem finalen Angebot eingereichte Qualitätskonzept.
5. das mit dem finalen Angebot eingereichte Ausfallmanagementsystem.
6. sofern zutreffend: Die vom Bieter ausgefüllte Anlage Formblatt Bietergemeinschaftserklärung bzw. die ausgefüllte Anlage Formblatt Unteraufträge sowie die ausgefüllte/n Anlage/n Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer.
7. die mit dem finalen Angebot eingereichte Anlage Preisblatt.
8. die Verordnung PR VO 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen.

Bei Abweichungen gelten die Bestandteile dieses Vertrags in der vorstehenden Reihenfolge.

3 Leistungsanforderungen

- 3.1 Die Leistungsanforderungen für die Durchführung der Rettungsdienstleistungen einschließlich der Gestellung des Personals und der Rettungswache sowie Bewirtschaftung des Rettungswachenstandortes auf Grundlage der Beauftragung nach § 13 Abs. 1 RettG NRW richten sich auch hinsichtlich des Umfangs nach der Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen sowie den Bestimmungen dieses Vertrags.
- 3.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Leistungsanforderungen einschließlich der besonderen Ausführungsbedingungen (insbesondere gem. Eigenerklärung Sanktionen) über die vollständige Laufzeit des Vertrags aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten. Dies gilt auch für die Einhaltung des Personalfaktors in Höhe von 4,99 für den Einsatzdienst im Grundbedarf.
- 3.3 Ziff. 3.2 Satz 1 gilt auch für die mit der Abgabe des Teilnahmeantrags nachgewiesene Gemeinnützigkeit gemäß §§ 52 ff. AO sowie die wirtschaftliche und fachliche Leistungsfähigkeit. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Mitwirkungspflichten in Bezug auf die Feststellung seiner Gemeinnützigkeit gegenüber dem Finanzamt jederzeit ordnungsgemäß zu erbringen (z. B. fristgerechte und vollständige Einreichung der Steuerunterlagen), damit der Freistellungsbescheid jeweils ohne zeitliche Verzögerung erteilt werden kann. Der jeweils gültige Freistellungsbescheid ist der RDKD unaufgefordert in Kopie vorzulegen.
- 3.4 Der Auftragnehmer ist außerdem verpflichtet, der RDKD binnen vier Wochen nach Vertragsschluss die mit Abgabe des Teilnahmeantrags zugesagte Vertragserfüllungsbürgschaftsurkunde des Bürgen (Bank oder Versicherung) gemäß den Anforderungen der Anlage Muster Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von EUR 100.000,00 im Original vorzulegen.

4 Nutzung der Rettungsmittel sowie übergangsweise Nutzung der Rettungswache der RDKD

- 4.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle gemäß Anlage Leistungsbeschreibung von der RDKD zur Nutzung im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages überlassenen Ressourcen (Rettungsmittel einschließlich medizintechnischer Ausstattung, Medizinprodukte, sowie Rettungswache einschließlich Einrichtungsgegenstände (sofern der Übergangszeitraum in Anspruch genommen wird)) schonend und pfleglich zu behandeln, so dass eine jederzeitige Funktions- und Einsatzbereitschaft sichergestellt ist.
- 4.2 Das Rettungsmittel wird dem Auftragnehmer einschließlich der medizintechnischen Ausstattung, Medizinprodukten sowie medizinischen Verbrauchsmaterials nach Maßgabe der Anlage Leistungsbeschreibung ausschließlich zum Zwecke der Vertragsdurchführung überlassen. Veränderungen sowie das Anbringen von weiteren Kennzeichnungen sind an den Rettungsmitteln nicht gestattet.
- 4.3 Kann der Auftragnehmer die Inbetriebnahme seiner Rettungswache erst nach dem 1. Januar 2027 07:00 Uhr sicherstellen, ist er bis zum Inbetriebnahmezeitpunkt gemäß seines finalen Angebots berechtigt, die Rettungswache Niederzier der RDKD einschließlich dem in den Räumlichkeiten befindlichen beweglichen und unbeweglichen Inventar ausschließlich zum Zwecke der Vertragsdurchführung mit zu nutzen. Unzulässig wäre z.B. das Aufladen privater E-Fahrzeuge an dem Rettungswachestandort. Eine Überlassung

an Dritte ist dem Auftragnehmer untersagt. Umbauten oder sonstige bauliche Veränderungen sind unzulässig. Mängel der Räumlichkeiten zeigt der Auftragnehmer der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich an. Die Pflichten des Auftragnehmers richten sich im Übrigen nach der Anlage Leistungsbeschreibung, darin Ziff. 7. Die Nutzungsüberlassung endet zum vereinbarten Inbetriebnahmezeitpunkt der auftragnehmereigenen Rettungswache, spätestens zum 1. April 2027 06:59 Uhr.

- 4.4 Die RDKD ist berechtigt, der Rettungswache lageabhängig und temporär weitere Rettungsmittel von anderen Vertragspartnern sowie der Auftraggeberin zuzuordnen, sofern dies zur Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung im Rettungsdienstbereich aus Sicht der RDKD erforderlich ist. Eine Mitbenutzung kommt insbesondere bei erhöhtem Einsatzaufkommen, Großschadenslagen, infrastrukturellen Engpässen oder zur Abdeckung vorübergehender Kapazitätsbedarfe an anderen Standorten von Rettungswachen in Betracht. Die Nutzung durch Dritte in diesem Sinne begründet kein eigenständiges Besitz- oder Nutzungsrecht und ist auf den jeweils erforderlichen Zeitraum beschränkt. Den weiteren Rettungsmitteln muss über einen zugänglichen Schlüsseltresor gemäß Ziff. 7 der Anlage Leistungsbeschreibung Zutritt gewährt werden.

5 Änderungen von Leistungsanforderungen während der Vertragslaufzeit außerhalb förmlicher Bedarfsplanfortschreibungen

- 5.1 Die bedarfsgerechte und qualitativ bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Rettungsdienstleistungen im Kreis Düren muss gemäß § 6 Abs. 1 RettG NRW jederzeit vollumfänglich sichergestellt sein. Um technischen und fachlichen Entwicklungen während der Vertragslaufzeit in diesem Sinne Rechnung tragen zu können, behält sich die RDKD vor, die Vorgaben für die Durchführung der Rettungsdienstleistungen während der Vertragslaufzeit einseitig bedarfsgerecht anzupassen und hierfür insbesondere die Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen zu ändern sowie neue Verfahrensanweisungen zu erlassen. Dies gilt auch für den Rahmenhygieneplan.
- 5.2 Die Anpassung der Anforderungen und deren Umsetzung im Öffentlich-rechtlichen Vertrag wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen unter angemessener Berücksichtigung der Interessen des Auftragnehmers erfolgen. Bedenken teilt der Auftragnehmer der RDKD unverzüglich schriftlich mit. Die Mitteilung über die Änderungen erfolgt zunächst in Textform, die Anpassung des Öffentlich-rechtlichen Vertrags erfolgt unter Beifügung der angepassten Anlagen in Schriftform.
- 5.3 Werden aufgrund von Änderungen Neuanschaffungen oder sonst ein höherer Aufwand notwendig, können hierfür anfallende zusätzliche Kosten, die nachweislich über die bisher im finalen Angebot kalkulierten Kosten hinausgehen, gegenüber der RDKD gegen Nachweis der objektiven Notwendigkeit sowie Rückführbarkeit auf die Änderung und Vorlage der Rechnung zusätzlich abgerechnet werden. Ziff. 7.3 und Ziff. 7.4 gelten entsprechend.
- 5.4 Sofern im Übrigen keine Sonderregelungen für die Anpassung der pauschalen Vergütung gemäß Ziff. 6.3 vorgesehen sind, erfolgt diese einvernehmlich unter Beachtung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen Leistung und Gegenleistung.

6 Vergütung

- 6.1 Gemäß § 14 Abs. 5 S. 1 RettG NRW trägt der Kreis Düren als Träger des öffentlichen Rettungsdienstes die Kosten für die Durchführung von Leistungen des Rettungsdienstes. Die Festsetzung der Benutzungsgebühren in der Gebührensatzung erfolgt auf Grundlage des jeweils geltenden Bedarfsplans (§ 14 Abs. 1 RettG NRW) sowie der Regelungen des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW). Eine eigene unmittelbare Abrechnung der Rettungsdienstleistungen durch den Auftragnehmer mit den Krankenkassen, den gewerblichen Berufsgenossenschaften oder Gebührenschuldnern im Sinne der jeweils gültigen Gebührensatzung für den Kreis Düren als Träger des Rettungsdienstes im Sinne von gemäß § 6 Abs. 1 RettG NRW sowie mit Privatzahlern ist nicht gestattet.
- 6.2 Der Auftragnehmer ist im Rahmen der Bestrebungen des Kreises Düren zur Herstellung des Einvernehmens mit den Verbänden der Krankenkassen und dem Landesverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Sinne des § 14 Abs. 2 RettG NRW verpflichtet, den Kreis Düren sowie die RDKD im Rahmen ihrer Unterstützungsleistungen des Kreises Düren, zu unterstützen. Er ist im Bedarfsfall zur Mitwirkung, z. B. durch Einwilligung in die vollständige oder teilweise Offenlegung seiner Angebots- und Kostenstruktur gegenüber den Kostenträgern verpflichtet. Der Auftragnehmer ist erstmalig nach Vertragsschluss unaufgefordert bis spätestens zwei Monate vor Leistungsausführungsbeginn und danach auf Anforderung der RDKD oder des Kreises Düren verpflichtet, seinen Angebotspreis bezogen auf das jeweilige Betriebsjahr anhand der Musterkalkulation RDKD aufzuschlüsseln.
- 6.3 Der Auftragnehmer erhält für die Vorhaltung des Personals, die Bereitstellung, den Betrieb und die Organisation der Rettungswache im beauftragten Umfang im Grundbedarf nach Maßgabe der Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen und für die Durchführung des qualifizierten Krankentransportes ebenfalls im Grundbedarf eine pauschale Vergütung (Pauschalfestpreis) in Höhe der für den Zeitraum im Preisblatt vereinbarten Preispauschale (siehe Anlage Preisblatt, Positionen zu Ziff. I. 5).
- 6.4 Die Zahlung der pauschalen Vergütung für den Grundbedarf erfolgt monatlich in Abschlagszahlungen, das heißt 1/12 der Preispauschale je Zeitraum nach Ablauf des jeweiligen Monats.
- 6.5 Mit der pauschalen sind sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen abgegolten (Pauschalfestpreis).
- 6.6 Gegenstand der pauschalen Vergütung (Pauschalfestpreis) darf nur dasjenige sein, was unter Berücksichtigung eines angemessenen Gewinns erforderlich ist, um die bei dem Auftragnehmer durch die vereinbarte Sicherstellung der Rettungsdienstleistungen für die RDKD verursachten Kosten auszugleichen. Dies stellt der Auftragnehmer durch eine geeignete getrennte Buchführung sicher, aus der hervorgehen sollte: Die verschiedenen Tätigkeiten, die mit jeder Tätigkeit verbundenen Kosten und Einnahmen sowie das Verfahren der Zuordnung und Zuweisung von Kosten und Einnahmen.
- 6.7 Die RDKD geht davon aus, dass die vertragsgegenständlichen Leistungen gemäß § 4 Nr. 17 lit. b Umsatzsteuergesetz (UStG) von der Umsatzsteuer befreit sind. Sollten die zuständigen Finanzbehörden während der Vertragslaufzeit zu einer anderen Auffassung bezüglich der Umsatzsteuer kommen, ist der Auftragnehmer berechtigt, die erhobene Umsatzsteuer bei der RDKD einzufordern.

7 Anpassung des Pauschal festpreises wegen Lohnerhöhungen

- 7.1 Die für die jeweiligen Jahreszeiträume vereinbarten Vergütungen gemäß Ziff. 6.3 sind Pauschal festpreise. Nachträgliche Kostenveränderungen während der Laufzeit (z. B. Personalkostensteigerungen infolge einer geänderten Personalstruktur oder neuer Mitarbeiter) begründen keinen Anpassungsanspruch. Die gesetzlichen Bestimmungen gemäß § 62 VwVfG i. V. m. § 313 BGB bleiben unberührt.
- 7.2 Abweichend zu Ziff. 7.1 hat der Auftragnehmer einen Anspruch auf eine Anpassung der Pauschal festpreise wegen Personalmehrkosten aufgrund nicht oder nicht vollständig im finalen Angebot berücksichtigter Lohnerhöhungen nach Abgabe des letztverbindlichen (finalen) Angebots, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ vorliegen:
- a) Das Anpassungsbegehren bezieht sich auf einen Zeitraum frühestens ab dem 1. Januar 2028.
 - b) Die Personalmehrkosten gehen auf eine tatsächliche Erhöhung des Arbeitsentgeltes für die für den Vertrag eingesetzten Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen zurück und führen zu einem höheren Arbeitsentgelt als zum Zeitpunkt der finalen Angebotskalkulation für den betreffenden Zeitraum zugrunde gelegt wurde.
 - c) Der Auftragnehmer kann die tatsächliche Zahlung des höheren Arbeitsentgeltes an die eingesetzten Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen auf Anforderung anhand geeigneter Unterlagen (z.B. durch Vorlage der Lohnbuchhaltung) nachweisen.
 - d) Die Personalmehrkosten für den Einsatzdienst im Grundbedarf sind im Hinblick auf die in Bezug genommene Anzahl auf die mit dem finalen Angebot für die ordnungsgemäße Leistungserbringung angegebenen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen beschränkt.
 - e) Die jeweils geltend gemachte Entgelterhöhung überschreitet die Steigerungsrate nach dem jeweils letzten Tarifabschluss des TVöD VKA für den Geltungszeitraum des Vertrags nicht. Für den Fall, dass der TVöD VKA eine Staffelung der Erhöhung vorsieht, findet nur die jeweils aktuelle Steigerung für den Geltungszeitraum Anwendung.
- 7.3 Liegen die Voraussetzungen gemäß Ziff. 7.2 vor, richtet sich die Höhe der Anpassung der jeweiligen pauschalen Vergütung für den betreffenden Jahreszeitraum nach folgender Berechnung:
- a) Der Auftragnehmer weist die im finalen Angebot kalkulierten Personalkosten (d.h. Lohn- und Gehaltskosten der für den Vertrag eingesetzten Mitarbeiter) (ausgenommen Fortbildungskosten) unter Benennung des angesetzten Arbeitsentgeltes (Lohn) / Entgeltgruppe und das hieraus resultierende Arbeitsentgelt beschränkt auf die mit Angebotsabgabe kalkulierten Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen nach (alte Personalkosten).
 - b) Der Auftragnehmer ergänzt die Übersicht gemäß lit. a) um das aktuelle Arbeitsentgelt (Lohn) / der sich aus der Steigerungsrate je Entgeltgruppe ergebende neue Lohn (neue Personalkosten).

- c) Die Höhe der Anpassung entspricht dem Differenzbetrag zwischen den neuen Personalkosten und den alten Personalkosten abzüglich Minderkosten bezogen auf andere Kostenpositionen des vereinbarten Pauschal festpreises im betreffenden Jahreszeitraum.
- 7.4 Macht der Auftragnehmer eine Anpassung des / der Pauschal festpreise / s gemäß Ziff. 7.2 geltend, muss er der RDKD die Höhe der geforderten Anpassung durch geeignete Nachweise belegen und eine nachvollziehbare Berechnung z. B. auf der Grundlage seiner Urkalkulation und seines Preisangebotes beibringen. Minderkosten bezogen auf andere Kostenpositionen des Pauschal festpreises müssen dabei von der Erhöhung abgezogen werden. Die RDKD ist berechtigt, zur Prüfung der Unterlagen des Auftragnehmers einen Dritten zu beauftragen. Der Auftragnehmer stimmt der hierfür notwendigen Weitergabe seiner Unterlagen zu.

8 Optionale Änderungen des Leistungsumfangs während der Vertragslaufzeit

- 8.1 Die RDKD ist berechtigt, den Leistungsumfang während der Vertragslaufzeit nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen einseitig zu ändern (Optionen). Optionen stellen verbindliche Vorgaben dar, die vom Auftragnehmer zwingend umzusetzen sind, wenn und soweit die RDKD von diesem Gebrauch macht. Dem Auftragnehmer wird in allen Fällen eine angemessene Umsetzungsfrist von mindestens 1 bis maximal 3 Monaten gewährt. Aus den Optionen folgende Änderungen werden zunächst in Textform mitgeteilt, die Änderung des Öffentlich-rechtlichen Vertrags erfolgt unter Beifügung der angepassten Anlagen in Schriftform. Zu den Optionen im Einzelnen:
- 8.2 Gemäß § 12 Abs. 5 RettG NRW ist der Kreis Düren als Träger des Rettungsdienstes verpflichtet, den Rettungsdienstbedarfsplan fortzuschreiben und kontinuierlich zu aktualisieren, insbesondere, wenn Änderungen in der öffentlichen Vorhaltung infolge von Bedarfsänderungen notwendig sind. Die RDKD ist als Verantwortliche für die Durchführung der Aufgaben des Kreises Düren im Bereich des Rettungsdienstes zur Umsetzung der Änderungen verpflichtet.
- a) Die RDKD ist insbesondere dazu berechtigt, die Vorhaltezeiten der Rettungsmittel (Dienst- und Betriebszeiten) unter Beibehaltung der vereinbarten Gesamtwochenvorhaltestundenanzahl bedarfsgerecht neu festzusetzen.
 - b) Die RDKD ist dazu berechtigt, neue Rettungsmittel einzuführen, insbesondere, aber nicht abschließend, Akuttransportwagen.
 - c) Die RDKD ist dazu berechtigt, die Gesamtwochenvorhaltestundenanzahl (rettungsmittelübergreifend) bis zu 20 % zu ändern (Erhöhung oder Reduzierung)
- 8.3 Haben sich aufgrund der Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans durch den Kreis Düren die Verhältnisse, die für die Festsetzung des Vertragsinhaltes im Hinblick auf den Bedarf maßgebend gewesen sind, seit Vertragsabschluss so wesentlich geändert, dass einer Vertragspartei das Festhalten an der ursprünglichen vertraglichen Regelung nicht zuzumuten ist, kann diese Vertragspartei eine Anpassung des Vertrages an die geänderten Verhältnisse verlangen. Das Verlangen einer Vertragsanpassung ist der jeweils anderen Vertragspartei schriftlich anzuzeigen.

9 Vergütungsanpassung/Vergütungskürzung

- 9.1 Im Fall der Änderung gemäß Ziff. 8.2b) und Ziff. 8.2c) ist der Auftragnehmer berechtigt, seine Kalkulation anzupassen. Liegen die entsprechend anzuwendenden Voraussetzungen der Ziff. 7.4 vor, wird der jeweils vereinbarte Pauschalpreis gemäß Ziff. 6.3 für den Grundbedarf für den / die betreffenden Zeitraum / Zeiträume unter Heranziehung des angebotenen Preises und der zugrunde liegenden Angebotskalkulation angepasst.
- 9.2 Wird in den Gebührenverhandlungen gemäß § 14 Abs. 2 RettG NRW im Einvernehmen mit den Verbänden der Krankenkassen und dem Landesverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften ein Personalfaktor festgelegt, der von dem in der Kalkulation des finalen Angebots für den betreffenden Zeitraum zugrunde gelegten Personalfaktor abweicht, ist der Auftragnehmer dazu berechtigt seine Angebotskalkulation anzupassen. Liegen die für diesen Fall entsprechend anzuwendenden Voraussetzungen der Ziff. 7.2, 7.3 und 7.4 vor, wird der jeweils vereinbarte Pauschalpreis gemäß Ziff. 6.3 für den Grundbedarf für den / die betreffenden Zeitraum / Zeiträume angepasst (Erhöhung oder Reduzierung).
- 9.3 Wird die Einsatzdokumentation gemäß Ziff. 7.3 der Anlage Leistungsbeschreibung nicht oder unvollständig bei der Auftraggeberin eingereicht und ist aufgrund dessen eine Abrechnung durch den Kreis Düren gegenüber dem jeweiligen Abrechnungsschuldner nicht möglich, erfolgt, sofern der Auftragnehmer dies zu vertreten hat, ein entsprechender Abzug von der vereinbarten Vergütungspauschale in Höhe des für den Einsatz angefallenen Gebührensatzes. Der Abzug erfolgt im Rahmen der letzten Abschlagszahlung eines Vergütungszeitraums gemäß Anlage Preisblatt oder im Rahmen der ersten Abschlagszahlung des sich anschließenden Vergütungszeitraums.
- 9.4 Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung gemäß Ziff. 3.4 nicht rechtzeitig nach, ist die RDKD bis zur Vorlage der Vertragserfüllungsbürgschaftsurkunde berechtigt, von den monatlichen Abschlagszahlungen gemäß Ziff. 6.4 Beträge in Höhe von jeweils bis zu EUR 25.000,00 einzubehalten. Die Berechtigung endet mit Erreichen eines einbehaltenen Gesamtbetrags in Höhe von EUR 100.000,00. Reicht der Auftragnehmer die Vertragserfüllungsbürgschaftsurkunde wie gefordert nach, erfolgt die Rückzahlung der einbehaltenen Beträge im Rahmen der darauffolgenden monatlichen Abschlagszahlungen; hierbei ist die RDKD berechtigt, den Betrag auf mehrere Abschlagszahlungen aufzuteilen.

10 Einvernehmliche Vertragsanpassungen während der Vertragslaufzeit im Zuge der Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans

- 10.1 RDKD und Auftragnehmer sind nach Maßgabe der Ziff. 10.3 berechtigt, Leistungsanforderungen und Leistungsumfang während der Vertragslaufzeit einvernehmlich anzupassen (Überprüfungsklauseln).
- 10.2 Die Überprüfungsklauseln berechtigen die RDKD im ersten Schritt zu einer Prüfung, ob eine Vertragsanpassung angezeigt ist. Liegen die Voraussetzungen für eine Anpassung vor, ist die RDKD im zweiten Schritt berechtigt, mit dem Auftragnehmer eine Anpassung des Vertrags zu vereinbaren. Dies beinhaltet auch die auf der Grundlage der final vereinbarten Angebotspreise der Anlage Preisblatt vorzunehmenden Preisanpassungen. Die Vertragsanpassung erfolgt in Schriftform und bedarf zu ihrer Umsetzung der Zustimmung des Auftragnehmers.

- 10.3 Gemäß § 12 Abs. 5 RettG NRW ist der Kreis Düren als Träger des Rettungsdienstes verpflichtet, den Rettungsdienstbedarfsplan fortzuschreiben und kontinuierlich zu aktualisieren, insbesondere, wenn Änderungen in der öffentlichen Vorhaltung infolge von Bedarfsänderungen notwendig sind. Die RDKD ist insbesondere berechtigt, im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer Vertragsänderungen zu vereinbaren, sofern diese aufgrund der verpflichtenden Umsetzung eines fortgeschriebenen Rettungsdienstbedarfsplans notwendig sind.

11 Prüfungs- und Kontrollrechte der RDKD

- 11.1 Der Kreis Düren hat kraft Gesetzes (siehe u.a. §§ 13 Abs. 1, 16 Abs. 5 RettG NRW) während der Dienst- und Vorhaltezeiten ein umfassendes Zutritts- und Kontrollrecht bezogen auf die Rettungswachen, die Rettungsmittel und Dienstausrüstungen, die der Durchführung dieses Vertrags im Hinblick auf die ordnungsgemäße Leistungserbringung zuzuordnen sind. Aufgrund der Errichtung der RDKD als Anstalt öffentlichen Rechts zum Zwecke der Aufgabendurchführung im Bereich Rettungsdienst ist auch die RDKD hierzu berechtigt.
- 11.2 Hiernach sind die RDKD und ihre Aufsichtsbehörden auch dazu berechtigt, das zur Leistungsausführung eingesetzte Personal zu überprüfen.
- 11.3 Der Auftragnehmer ist dazu verpflichtet, der RDKD und ihren Aufsichtsbehörden die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und sämtliche zur Prüfung der ordnungsgemäßen Leistungserbringung erforderliche Unterlagen vorzulegen. Die Auskunftspflicht kann daher im Einzelfall auch die namentliche Nennung des Personals oder sonstige Angaben erfassen, die eine Zuordnung der Personalangaben zu Personen und damit eine individuelle Überprüfung ermöglicht. Dies gilt auch für die Umsetzung der Fortbildungsverpflichtung sowie der Einhaltung des Personalfaktors, der 80/20-Regelung zur Besetzung des KTW gemäß Ziffer 5 sowie der Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen.
- 11.4 Die RDKD und ihre Aufsichtsbehörden sind hiernach außerdem dazu berechtigt, selbst sowie durch Beauftragte die zur Nutzung überlassenen Rettungswachen und Rettungsmittel inklusive der Bestückung unangekündigt zu besichtigen und im Hinblick auf die Erfüllung der Leistungsanforderungen gemäß Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen zu überprüfen.
- 11.5 Der Auftragnehmer ist im Rahmen der vorstehenden Bestimmungen zu umfassenden Auskünften über den Betrieb der Rettungsmittel gegenüber der RDKD und ihren Aufsichtsbehörden verpflichtet. Die im Betrieb des Auftragnehmers über den Einsatz der Rettungsmittel geführten Unterlagen sind auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen. Die Bestimmungen der Datenschutzgesetze bleiben unberührt.
- 11.6 Der Auftragnehmer ist im Rahmen der vorstehenden Bestimmung zu umfassenden Auskünften gegenüber der RDKD und ihren Aufsichtsbehörden verpflichtet. Die im Betrieb des Auftragnehmers über die Organisation und Bewirtschaftung der Rettungswache geführten Unterlagen sind auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen. Die Bestimmungen der Datenschutzgesetze bleiben unberührt.
- 11.7 Die RDKD sowie ein von dieser mit der Kontrolle beauftragter Dritter/externer Dienstleister ist bei Vorliegen eines berechtigten Interesses dazu befugt, Geschäftsbücher, Unterlagen und Schriften, die die Durchführung dieses Vertrages betreffen, einzusehen. Hierzu gehören auch Buchführungsunterlagen zum Nachweis des Nichtvorliegens einer

Quersubventionierung anderer nicht vertragsgegenständlicher Leistungen durch den Pauschalpreis (siehe hierzu nachfolgend unter Ziff. 12).

12 Dokumentation/Jahresabschluss/Kontrolle von Überkompensationen/Vergütungsrechnung

- 12.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der Vertragslaufzeit und für einen Zeitraum von zehn Jahren nach Beendigung des Vertrags alle vergütungsbestimmenden Unterlagen vorzuhalten, die notwendig sind, um eine Überprüfung des gewährten Ausgleichs auch unter beihilferechtlichen Gesichtspunkten zu ermöglichen. Insbesondere sind sämtliche Unterlagen im Zusammenhang mit der Vergütungsberechnung aufzubewahren und der RDKD auf Anfrage unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
- 12.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Unterlagen, die die Einsatzdokumentation während der Vertragslaufzeit betreffen (Einsatzprotokolle, Einsatzberichte und Übergabeprotokolle sowie medizinische Unterlagen) für einen Zeitraum von 10 Jahren aufzubewahren. Diese Unterlagen sind im Falle eines Auftragnehmerwechsels auf Anforderung unentgeltlich an die RDKD herauszugeben.

13 Anzeigepflichten des Auftragnehmers

- 13.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die RDKD über besondere Vorkommnisse, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehen (z. B. Patientenschädigung im Rahmen der medizinischen Versorgung, Patient stürzt von Trage, Beschädigungen am Eigentum Dritter sowie der Auftraggeberin) unverzüglich zu informieren.
- 13.2 Zeichnet sich für den Auftragnehmer ab, dass er den beauftragten Leistungsumfang nicht mehr im vertraglich vereinbarten Maße erbringen kann, so ist er verpflichtet, dies der RDKD unverzüglich in Textform anzuzeigen. Gleiches gilt für den Verlust oder drohenden Verlust des Status als gemeinnützige Organisation oder Vereinigung im Sinne der §§ 52 ff. AO.

14 Haftung, Versicherung

- 14.1 Die Haftung der RDKD auf Schadensersatz wegen eines Mangels an den zur Nutzung überlassenen Rettungsmitteln oder wegen Verzugs mit der Beseitigung eines Mangels ist ausgeschlossen, wenn die RDKD weder Vorsatz noch grobe Fahrlässigkeit trifft und es sich nicht um Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit handelt. Der Anspruch des Auftragnehmers auf Mängelbeseitigung bleibt unberührt.
- 14.2 Die RDKD haftet für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit sowie bei der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit unbeschränkt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.
- 14.3 Für leichte Fahrlässigkeit haftet die RDKD im Übrigen nur bei Verletzung einer solchen vertragswesentlichen Pflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung der Vereinbarung gerade ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftragnehmer regelmäßig vertraut und vertrauen darf.

- 14.4 Die RDKD haftet im Fall von Ziff. 14.2 nicht für mangelnden wirtschaftlichen Erfolg, entgangenen Gewinn, mittelbare und sonstige Folgeschäden und Ansprüche Dritter mit Ausnahme von Ansprüchen aus der Verletzung von Schutzrechten Dritter, soweit diese Schäden nicht bei Vertragsschluss typischerweise vorhersehbar waren.
- 14.5 Der Betrag eines Schadensersatzes gemäß der vorstehenden Ziff. 14.4 sowie eines Ersatzes vergeblicher Aufwendungen ist auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren Schaden beschränkt.
- 14.6 Der Auftragnehmer stellt über die gesamte Dauer der Vertragslaufzeit jederzeit einen fach- und sachgerechten sowie schonenden Umgang mit sämtlichen von der RDKD zur Erfüllung des Vertragszwecks zur Verfügung gestellten Technik sowie sonstiger Gegenstände (z. B. ausgehändigte Schlüssel etc.) gemäß Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen sicher. Dies gilt insbesondere für die Ausrüstungsgegenstände sowie die Rettungsmittel der RDKD.
- 14.7 Der Auftragnehmer haftet der RDKD gegenüber für sämtliche von ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Personen-, Sach- und Vermögensschäden der RDKD, die in Erfüllung der vertraglichen Pflichten entstehen. Dies gilt auch für schuldhaft verursachten Verlust von zur Verfügung gestellten Medizinprodukten oder Beschädigungen an der zur Verfügung gestellten Technik und an sonstigen Gegenständen, wie den Rettungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen. Gleiches gilt für fahrlässig verschuldete Unfall- oder Sturzschäden an Rettungsmitteln, Medizinprodukten oder sonstigen Gegenständen der RDKD.
- 14.8 Wird die RDKD auf Schadenersatz durch Dritte für vom Auftragnehmer schuldhaft verursachte Schäden in Anspruch genommen, die den Dritten durch den Betrieb der Rettungsmittel, durch die Tätigkeit des Auftragnehmers bzw. einer seiner Mitarbeiter oder durch pflichtwidriges Unterlassen des Auftragnehmers bzw. einer seiner Mitarbeiter entstanden sind, stellt der Auftragnehmer die RDKD von der Schadenersatzleistung frei.
- 14.9 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 5 Millionen Euro pauschal je Schadensfall für Personen-, Sach- und Vermögensschäden (2-fach maximiert) vorzuhalten. Die Versicherung muss auch Schäden abdecken, die durch fahrlässige Handlungen oder Unterlassungen des Auftragnehmers bzw. seines Personals im Rahmen der Leistungserbringung entstehen.

15 Ersatzbeauftragung/Belegungsrecht

- 15.1 Fehlende Einsatzbereitschaft (z. B. Personalausfall) ist der Kreisleitstelle bei Kenntnisnahme unverzüglich telefonisch und zeitnah per E-Mail (leitstelle@kreis-dueren.de) sowie dem Führungsdienst der RDKD (fuehrungsdienst@rdkd.de) zu melden.
- 15.2 Zeigt der Auftragnehmer an, Rettungsmittel gemäß Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen nicht besetzen zu können, so dass keine vollumfängliche Einsatzbereitschaft zu der vereinbarten Vorhaltezeit gegeben ist, ist die RDKD ohne vorherige Androhung/Ankündigung zur ersatzweisen Beauftragung eines Dritten oder im Rahmen der Selbstdurchführung im Umfang der betroffenen Dienstschrift berechtigt.
- 15.3 Kann der Auftragnehmer die Einsatzbereitschaft bezogen auf den Betrieb eines Rettungsmittels zeitweise oder dauerhaft nicht mehr sicherstellen, kann sich die Ersatzbeauftragung auch auf einen größeren Leistungsumfang sowie einen längeren Zeitraum

erstrecken. In diesem Fall wird der Auftragnehmer vor der Ersatzbeauftragung zu seiner Leistungsfähigkeit angehört.

- 15.4 Der Auftragnehmer stimmt für den Fall der Ersatzbeauftragung eines Dritten oder der Selbstdurchführung nach Ziff. 15.2 oder Ziff. 15.3 bereits jetzt der Nutzung der Rettungswache oder Teilen der Rettungswache durch die Mitarbeiter des Dritten oder der Auftraggeberin zwecks Durchführung der beauftragten Rettungsdienstleistungen zu.
- 15.5 Die Kosten für die ersatzweise Beauftragung des Dritten oder der Auftraggeberin trägt der Auftragnehmer. Die Ausbezahlung auf das hierfür benannte Bankkonto der RDKD muss binnen 20 Kalendertagen nach Rechnungseingang erfolgen, es sei denn die RDKD macht von ihrem Recht zur Aufrechnung mit der nächsten Forderung des Auftragnehmers Gebrauch.

16 Wettbewerbsbeschränkende Abreden

Hat der Auftragnehmer anlässlich des dem Vertragsschluss zu Grunde liegenden Vergabeverfahrens nachweislich eine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen, wird ein Betrag in Höhe von 10% der Summe der in der Anlage: Preisblatt angebotenen Summe (wertungsrelevanter Angebotspreis gemäß Bewerbungsbedingungen) zur Zahlung an die RDKD fällig, es sei denn, es wird ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen - oder nachgewiesen, dass kein Schaden entstanden ist.

17 Nachunternehmer

- 17.1 Beabsichtigt der Auftragnehmer nach Vertragsschluss den Einsatz neuer, der RDKD noch nicht benannter Nachunternehmer, so ist zuvor die schriftliche Zustimmung der RDKD einzuholen. Die Zustimmung wird nur aus wichtigem Grund (z. B. wegen der begründeten Erwartung einer Pflichtverletzung, insbesondere der Nichteinhaltung der Geheimhaltungs-, Vertraulichkeits- und Datenschutzverpflichtungen, oder wegen fehlender Eignung) verweigert.
- 17.2 Soweit sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Leistungspflichten Nachunternehmern bedient, ist er verpflichtet, sicherzustellen, dass diese sämtliche fachlichen und sachlichen Anforderungen gemäß Anlage Leistungsbeschreibung nebst Anlagen sowie dieses Vertrags erfüllen. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Pflichten nach diesem Vertrag mindestens für den jeweils übertragenen Aufgabenbereich auch gegenüber dem eingesetzten Nachunternehmer vollumfänglich gelten.
- 17.3 Die vorstehenden Regelungen gelten für alle Nachunternehmer, unabhängig davon, auf welcher Nachunternehmerebene sie für die Vertragsdurchführung eingesetzt sind.

18 Vertragsstrafen

- 18.1 Verletzt der Auftragnehmer bei der Vertragsdurchführung schuldhaft einer der nachfolgend aufgeführten wesentlichen Vertragspflichten, wird eine Vertragsstrafe für jeden Einzelfall der Zuwiderhandlung fällig.
- 18.2 Wesentliche Vertragspflichten in diesem Sinne sind für die RDKD insbesondere:

- a) Verstoß gegen die Pflicht zur Gewährleistung der jederzeitigen Einsatzbereitschaft des Rettungsmittels während der vorgegebenen Vorhaltezeiten für die Durchführung von Einsätzen gemäß Ziff. 3 und 4.1 der Anlage Leistungsbeschreibung.
 - b) Verstoß gegen die Pflicht zum ausschließlichen Einsatz zertifizierten Personals auf dem Rettungsmittel gemäß Ziff. 4.2.2 der Anlage Leistungsbeschreibung.
- 18.3 Ein Verstoß gegen die Vertragspflicht gemäß Ziff. 18.2 lit. a) liegt vor, wenn ein Rettungsmittel während der Vorhaltezeit nicht, nicht durchgehend oder im Falle der verspäteten Indienststellung nicht bis spätestens 60 Minuten nach Vorhaltebeginn einsatzbereit besetzt ist. Je Verstoß wird eine Vertragsstrafe fällig, deren Höhe sich nach der Dauer des Verstoßes bemisst: Die Vertragsstrafe pro Nichtbesetzungsstunde beträgt 150 % der Kosten einer Vorhaltestunde gemäß Anlage Preisblatt im betreffenden Zeitraum. Ab der 61. Minute gelten angefangene Stunden für die Berechnung ab der 31. Minute als volle Nichtbesetzungsstunde. Rechen-Bsp.: Vorhaltebeginn ist 07:00 Uhr, die Indienststellung erfolgt um 9:45 Uhr, mithin insgesamt 2,75 Stunden später: Vertragsstrafe = Anlage Preisblatt, Summe der Pos. unter Ziff. I.1 dividiert durch die Jahresgesamtvorhaltestunden im betreffenden Zeitraum zzgl. 150 % * 3 Stunden. Erfolgt eine Nachbesetzung des Rettungsmittels bis spätestens 120 Minuten nach Vorhaltebeginn, reduziert sich die Vertragsstrafe um 90 % des angefallenen Betrages.
- 18.4 Ein Verstoß gegen die Vertragspflicht gemäß Ziff. 18.2 lit. b) liegt vor, wenn der Auftragnehmer Personal zur Besetzung des Rettungsmittels und Durchführung von Einsätzen einsetzt, dessen Zertifizierung entgegen Ziff. 4.2.2 der Anlage Leistungsbeschreibung nicht vor Leistungsausführungsbeginn oder bei neuen Mitarbeitenden spätestens bis 3 Monate nach Leistungsausführungsbeginn oder dem erstmaligen Einsatz nachgewiesen wurde, ohne dass die RDKD dem Einsatz vorher zugestimmt hat. In diesem Fall wird je Mitarbeitenden eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 750,00 fällig.
- 18.5 Die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und Rechte der RDKD bei wiederholter Vertragspflichtverletzung, insbesondere auf Schadensersatz sowie zur außerordentlichen Kündigung, bleibt unberührt.
- 18.6 Die Summe aller während der Vertragslaufzeit verwirkten Vertragsstrafen darf insgesamt 5 % der Summe der in der Anlage: Preisblatt angebotenen Summe der Gesamtpreispauschalen (wertungsrelevanter Angebotspreis, siehe Bewerbungsbedingungen) nicht übersteigen. Gemessen an der Höchstgrenze zu viel gezahlte Vertragsstrafen werden nach Ende der Vertragslaufzeit von der RDKD an den Auftragnehmer zurückerstattet. Verwirkte Vertragsstrafen werden auf darüberhinausgehende Schadensersatzansprüche angerechnet.
- 18.7 Vertragsstrafen können bis längstens neun Monate, nachdem die RDKD von dem Umstand, der zur Geltendmachung der Vertragsstrafe berechtigt, Kenntnis erlangt hat, geltend gemacht werden.

19 Vertragslaufzeit

- 19.1 Der Vertrag beginnt mit dem Zuschlag, Leistungsausführungsbeginn ist der 1. Januar 2027, 07:00 Uhr.
- 19.2 Der Vertrag endet einheitlich am 1. Januar 2032, 07:00 Uhr, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

20 Pflicht zur kooperativen Vertragsabwicklung

- 20.1 Der Auftragnehmer ist zum Vertragsende zur Kooperation verpflichtet und muss die RDKD im Hinblick auf eine geordnete Abwicklung dieses Öffentlich-rechtlichen Vertrags unterstützen.
- 20.2 Im Falle eines Betreiberwechsels ist der Auftragnehmer insbesondere dazu verpflichtet, an der geordneten sowie zeitgerechten Übergabe der zur Verfügung gestellten Rettungsmittel, Sachbestände und medizinisches Verbrauchsmaterial auf einen neuen Leistungserbringer aktiv mitzuwirken.
- 20.3 Der Auftragnehmer ist außerdem verpflichtet, alles zu unterlassen, was einem neuen Leistungserbringer die rechtzeitige Leistungsausführung erschwert oder gar unmöglich macht und damit unmittelbar den Sicherstellungsauftrag der RDKD oder die Wirtschaftlichkeit der Durchführung der Rettungsdienstleistungen im Kreis Düren gefährdet.

21 Kündigung

- 21.1 Dieser Vertrag kann von beiden Vertragsparteien aus wichtigem Grund fristlos gekündigt werden.
- 21.2 Ein wichtiger Grund liegt für die RDKD insbesondere vor, wenn:
 - a) die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes des Auftragnehmers nicht mehr gewährleistet sind. Die Leistungsfähigkeit ist insbesondere dann nicht oder nicht mehr gewährleistet, wenn der Auftragnehmer einen der nachfolgenden Tatbestände verwirklicht und eine von der RDKD gesetzte angemessene Nachfrist erfolglos abläuft:
 - (1) Nichtvorlage der Personalliste: Der Auftragnehmer hat der RDKD die nach Ziffer 4.4 der Anlage Leistungsbeschreibung spätestens 4 Wochen vor Leistungsausführungsbeginn sowie danach jährlich vorzulegende Personalliste bis zu diesem jeweiligen Zeitpunkt nicht, nicht vollständig oder nicht in der dort vorgeschriebenen, einer Überprüfung zugänglichen Form vorgelegt.
 - (2) Mangelhafte Personalliste: Die nach Ziffer 4.4 der Anlage Leistungsbeschreibung vom Auftragnehmer fristgemäß oder binnen einer Nachfrist vorgelegte Personalliste bietet inhaltlich keine Gewähr dafür, dass die Leistungen zum Leistungsausführungsbeginn in jeder Hinsicht ordnungsgemäß und dauerhaft erbracht werden können. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn das gelistete Personal hinsichtlich Anzahl, Qualifikations- und Personalstruktur sowie Verfügbarkeit nach den Erfahrungen der Auftraggeberin nicht ausreichend dimensioniert ist, um die vertraglich geschuldeten Leistungen und Vorhalteplichten gemäß Anlage Leistungsbeschreibung ggf. auch nur in Bezug auf bestimmte Funktionen zur Besetzung der Rettungsmittel zu erbringen, oder wenn die erforderlichen Qualifikationsnachweise — insbesondere Zertifizierungsnachweise — nicht vollständig vorgelegt werden. Im Rahmen der Nachfrist erhält der Auftragnehmer die Gelegenheit ergänzende Unterlagen vorzulegen, um zu belegen, dass die Leistungen in jeder Hinsicht ordnungsgemäß und dauerhaft erbracht werden können.
 - (3) Nichtvorlage der geforderten Vertragserfüllungsbürgschaft gemäß Ziff. 3.4.
 - b) Tatsachen vorliegen, die Zweifel an der Zuverlässigkeit des Auftragnehmers oder der zur Führung der Geschäfte bestellten Person begründen, insbesondere den Verpflichtungen zuwidergehandelt wird, die dem Auftragnehmer nach dem RettG NRW oder nach den

- aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften im Hinblick auf die Zuverlässigkeit obliegen, insbesondere wenn der Auftragnehmer die ihm obliegenden arbeitsrechtlichen, sozialrechtlichen oder steuerrechtlichen Verpflichtungen wiederholt nicht erfüllt hat.
- c) im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Vorschriften z. B. die jeweils gültigen Dienst- und Verfahrensanweisungen des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst des Kreises Düren oder Verfahrensanweisungen der RDKD vom Auftragnehmer wiederholt nicht befolgt werden.
 - d) der Auftragnehmer wiederholt Vertragspflichten verletzt und die von der RDKD zur Abhilfe gesetzte Frist erfolglos abgelaufen ist oder die RDKD erfolglos abgemahnt oder Vertragsstrafen verhängt hat, zum Beispiel im Fall der Nichtbesetzung von Rettungsmitteln (z. B. bei kurzfristigen Personalausfällen).
 - e) der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der RDKD mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags befasst sind, Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder einem Dritten in ihrem Interesse angeboten, versprochen oder gewährt werden. In diesem Fall bedarf es keiner vorherigen Abmahnung.
 - f) der Auftragnehmer anlässlich des dem Vertragsschluss zu Grunde liegenden Verfahrens nachweislich eine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen hat.
 - g) der Auftragnehmer nicht mehr gemeinnützig im Sinne der §§ 52 ff. AO ist.

21.3 Als wichtiger Grund für die RDKD gelten / gilt auch

- a) gesetzliche, gerichtliche oder aufsichtsbehördliche Maßnahmen, die diesem Vertrag die rechtliche oder tatsächliche Grundlage ganz oder teilweise entziehen.
- b) Wesentliche Änderungen der Leistungsumfänge oder der Leistungsanforderungen infolge von Bedarfsänderungen im Sinne von Ziff. 8.2, die eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses für einen Beteiligten unzumutbar machen bzw. die Bedarfsänderung keinen Krankentransportwagen mehr erforderlich erachtet.
- c) die Beschränkung der Refinanzierung der Kosten des Rettungsdienstes einschließlich der Kosten für die Beauftragung des Auftragnehmers auf Festbeträge gemäß § 133 Abs. 2 SGB V, weil der Auftragnehmer die Ansatzfähigkeit betriebsbedingter Kosten im Umfang seines finalen Angebots in den Gebührenverhandlungen gemäß Ziff. 6.2. auf Anforderung der Kostenträger nicht objektiv nachvollziehbar belegen konnte.

21.4 Die RDKD kann im Fall der Kündigung des Vertrages im öffentlichen Interesse an der Sicherstellung eines leistungsfähigen und bedarfsgerechten Rettungsdienstes mit dem Auftragnehmer die vorläufige Fortsetzung des Betriebes der Rettungswache für einen Zeitraum, der längstens 12 Monate nicht überschreitet, zu den bisherigen Ausgleichsbedingungen (Vergütung) vereinbaren. Hierauf wird die RDKD insbesondere in den Fällen des Ziff. 21.3 hinwirken. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, aktiv auf eine Einigung hinzuwirken.

21.5 Die Kündigung erfolgt nach vorheriger schriftlicher Abmahnung, sofern vorstehend nicht abweichend vereinbart.

21.6 Die Kündigung dieses Vertrags bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

22 Schlussbestimmungen

- 22.1 Dieser Vertrag enthält sämtliche Abreden der Parteien. Nebenabreden sind nicht getroffen.
- 22.2 Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für diese Bestimmung.
- 22.3 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkung wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. durchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.
- 22.4 Der Auftragnehmer kann die Ansprüche aus diesem Vertrag nur mit vorheriger Zustimmung der RDKD an Dritte abtreten.
- 22.5 Der Auftragnehmer kann mit Forderungen aus diesem Vertrag nur aufrechnen, wenn diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
- 22.6 Erfüllungsort ist der Kreis Düren.
- 22.7 Dieser Vertrag richtet sich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Verfahrenssprache ist Deutsch, d.h. alle Unterlagen und die Kommunikation mit dem Kreis Düren ist in Deutsch zu führen.

Anlage Musterkalkulation RDKD

Düren, den _____

Für den
XXXXX

Für den
Rettungsdienst Kreis Düren AöR

Vorstand
XXX

Vorstand
Dr. Norbert Hambach

Vorstand
Dr. Martin Stiller